

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pl., 3 gespalt. Textzeile 60 Pl., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter „Allg. Jüd. Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 - Telephon 215 16
Postscheckkonto Nr. 216 90

Erscheint jeden Freitag. - Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurück-
gesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Post-
ämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich.
2,40 Mark vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Streifenband-
Bezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg,
Danzig, Memelgebiet 1,20 Mark monatlich, für das übrige
Ausland 1,50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig:
Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W.
Kaufmann, Brühl 3; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger
Str. 26; M. Laefer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner
Redaktion: Leon Kesten, Kaubachstraße 25

In dieser Nummer beginnt:

Dreyfus

von Walter Steinthal

Die atemraubende Schilderung
der sensationellen und dra-
matischen Kriminalaffaire aus
der hohen Politik

Waffenstillstand

Während der Sitzung des Zionistischen Aktionskomitees in Berlin hat die Welt Kenntnis von dem Berichte der Mandatskommission und der Antwort der englischen Regierung auf den Genfer Bericht bekommen. Für das Zionistische Aktionskomitee bedeuteten diese Dokumente eine Grundlage für seine politischen Verhandlungen. Wir haben bei der Ankündigung der Berliner Tagungen darauf hingewiesen, daß diese Tagungen sich in starkem Maße mit den Notwendigkeiten des praktischen Palästinaerwerkes beschäftigen werden, da in jedem politischen Rahmen, mag er zeitweilig weiter gespannt oder verengt sein, eine Fülle von Aufgaben vorhanden sind, die für den Palästinaaufbau als lebenswichtig betrachtet werden müssen und deren Durchführung die Schaffung der besten Grundlagen für weitere erwünschte politische Erfolge bedeutet. Tatsächlich haben sich die Tagungen in Berlin ernst und gründlich mit den Fragen der Palästina-wirtschaft beschäftigt. Im Mittelpunkt stand jedoch auch diesmal die Politik, und die Diskussion über die künftige Politik der Jewish Agency hatte zum Ausgangspunkt die Situation, welche sich aus dem Bericht der Mandatskommission und der englischen Antwort ergab. Das Aktionskomitee hütete sich davor, den Bericht der Mandatskommission, der in scharfer Weise die Politik der Mandatarmacht in Palästina verurteilte, als einen ausgesprochenen Erfolg der jüdischen Sache in Palästina zu betrachten. Man charakterisierte das Wesen dieses Berichtes wohl am allerbesten mit den Worten, die ein englischer Staatsmann ausgesprochen hat: „Die Mandatskommission in Genf ist weder proarabisch noch projüdisch, sie ist in diesem Falle antibritisch gewesen“. Und antibritisch bedeutet noch lange nicht eine Stellungnahme für die jüdische Sache, wiewohl nicht verkannt werden darf, daß der Bericht aus Genf auf die britische Regierung trotz deren scharfer Ablehnung ernüchternd gewirkt hat und sie veranlassen dürfte, in Zukunft in ihren Äußerungen und Maßnahmen gegenüber den Juden vorsichtiger zu sein als im abgelaufenen Jahre. Andererseits aber darf man sich nicht täuschen, daß in den fortgesetzten Erklärungen und Maßnahmen der britischen Regierung die Grundlinien eines Systems zu erblicken sind, mit denen die Zionisten und Palästinafreunde zu rechnen haben. In einer außenpolitischen Umschau der „Vossischen Zeitung“ vom 29. August heißt es in bezug auf die Verhandlungen betreffend die Schaffung von Paneuropa entsprechend den Anregungen Briands, folgendermaßen: „Hält man alle Dokumente in dieser Sache zusammen und liest man sie unbefangene durch, so wird man skeptisch. Schließlich läßt sich das, was in Noten und Memoranden schwarz auf weiß festgelegt ist, nicht in mündlichen Verhandlungen aufheben und in das Gegen-

teil verkehren. Diese Noten bilden nun einmal die Verhandlungsbasis und diese Basis sieht kompliziert genug aus.“ Diese Worte passen wie angegossen auf die politischen Verhandlungen, die die Jewish Agency im Augenblick mit der britischen Regierung führt. Sicher kann man in zäher Verhandlung manches mildern, manches erreichen — aber die bisher im vergangenen Jahre veröffentlichten britischen Dokumente (das neue Weißbuch im Monat Mai, die Antwort auf den Bericht der Mandatskommission) sind schwarz auf weiß gedruckt und lassen sich nicht aus der Welt schaffen.

Die jüdische Situation in diesem Kampf mit der britischen Regierung ist nur insofern günstig, als sich die britische Regierung besonders durch die Maßnahme der Suspendierung der Arbeiter-Zertifikate aus politischen Gründen ins Unrecht gesetzt hat, und wir auf Grund der Mandatsbestimmungen als Anklagende und Fordernde und nicht als Angeklagte und uns Verteidigende auftreten. Die Tatsache, daß sich England durch die Maßnahme gegen die jüdische Arbeitereinwanderung ins Unrecht gesetzt hat, ermöglicht der jüdischen Welt die Durchführung einer Protestbewegung, welche von der ganzen Welt verstanden wurde. Diese Protestbewegung hatte für die jüdische Stellung im Streit mit der Mandatarmacht gute Ergebnisse. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die von der Mandatarmacht geplante Verordnung betreffend Erschwerung vielleicht auch Verbietung des Bodenkaufes durch Juden in Palästina nur darum nicht erlassen wurde, weil die grandiose jüdische Protestbewegung der Mandatsregierung klar gemacht hat, daß sie den Bogen gegenüber den Juden nicht überspannen dürfe.

Die britische Regierung kündigt in ihrer Antwort an die Mandatskommission die Vorlage eines Programmes ihrer künftigen Palästina-politik an, welches einerseits die Bestimmungen des Mandates betreffend das jüdische Nationalheim, andererseits der Verpflichtung, Palästina einer Selbstverwaltung entgegenzuführen und die Rechte der Nichtjuden im Lande zu schützen, entsprechen soll. Voraussetzung für die Aufstellung dieses Programmes ist das Eintreffen und das Studium des von Sir Hope Simpson über seine Untersuchungen in Palästina abgefaßten Berichtes. Wie dieser Bericht aussehen wird, kann man natürlich nicht voraussagen. Man hat jedoch guten Grund anzunehmen, daß er keine dezidierten Vorschläge enthalten, sondern sich hauptsächlich auf eine Darstellung der landwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Kolonisationsstätigkeit in Palästina beschränken wird. Es heißt, daß Simpson die von der Jewish Agency zur Verfügung gestellten Daten in ernsthafte Würdigung gezogen hat. Sein Bericht dürfte also für das Colonial Office in London keine Basis ab-

Echt Meissner Porzellan
als Geschenk von bleibendem Wert
Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen
EIGENE NIEDERLAGE:
Leipzig C 1, Goethestraße 6

Singer Nähmaschinen
MIT MOTOR U. NEHLICHT
SINGER NÄHMASCHINEN
In Leipzig
C 1, Petersstraße 14 (Singerhaus)
S 3, Südstr. 26
W 31, Zschocher-sche Str. 24
N 22, Hallische Str. 97
O 30, Eisenbahnstr. 84

Chronik der Woche

Die Königinwitwe Maria für Borscha. — Die rumänische Regierung gibt 12 Millionen Lei. Bukarest. Die Königinwitwe Maria hat an die Bevölkerung des Landes einen Appell für die Unterstützung der Abbrändler von Borscha gerichtet.

Ein Neger sitzt in Deutschland über „rassefremde Elemente“ zu Gericht. Berlin. In dem Idsteiner Prozeß, der jetzt vor dem Wiesbadener Gericht verhandelt wird, spielt auch ein Neger eine Rolle. Unparteiische Zeugen bestätigten, besondere Erregung habe eine Bemerkung des nationalsozialistischen Redners, des Justizbeamten Piekarski, hervorgerufen, daß für Juden als Rassefremde kein Platz in Deutschland sei, während gleichzeitig ein der Nationalsozialistischen Partei angehörender Neger der Versammlung beiwohnte. Vor Gericht erklärte nun Piekarski, daß dieser Neger „nicht mehr“ zur Partei gehöre, sondern Mitglied des Stahlhelms sei. Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“: In jener Versammlung war der schwarze afrikanische Bruder doch Nationalsozialist und als solcher legitimiert, über „rassefremde Elemente“ zu Gericht zu sitzen. Nun gehört er dem Stahlhelm an. Wir nehmen es zur Kenntnis.

1930
bert,
tsch,
um:
ger
ugust,
ohn);
Nach-
ortrag
des
el und
tottes-
7,30
hr.
den
Uhr.
den
Uhr.
fincha
Uhr,
8,30
19.46
Montag
Jakob
Druck:
mer
winn
S-
E.V.
ereins
ie im
entral-
e) ab-
er Ge-
Uhr
ER
aren
22
ER
aße 21
und
e
stalt
rente
ame
onen
ng
ke
olalstr